



dbb nrw
beamtenbund
und tarifunion

nordrhein-
westfalen

Pressemitteilung

07. März 2007

LPVG Novellierung: Rückschritt statt Fortschritt

Mit harten Worten reagiert **Ralf Eisenhöfer**, Landesvorsitzender des dbb nrw, auf die Beiträge, die heute Mitglieder der Regierungsfraktionen von CDU und FDP in der aktuellen Stunde im Düsseldorfer Landtag zum Thema Landespersonalvertretungsgesetz von sich gaben.

Als puren Hohn bezeichnet Eisenhöfer die Aussage des CDU-Abgeordneten Peter Preuß, der die Veränderungen der Mitbestimmung als im Interesse der Beschäftigten beschrieb.

Um die Verwaltung des Landes zu reformieren bedarf es nach Auffassung des dbb nrw keiner solchen Reform des Personalvertretungsgesetzes in NRW. Wenn jedoch Personal freigesetzt werden soll um bei den Personalkosten Einsparungen zu realisieren dann sollte die Landesregierung das auch eindeutig so benennen und keine Scheinargumentation betreiben.

Wer genau hinschaut stellt fest, dass es eben nicht um moderate Veränderungen des LPVGs geht, sondern um die Aufhebung elementarer Schutzrechte für die Beschäftigten. Weitreichende Einschnitte in die Mitbestimmung sind geplant, insbesondere auch bei personellen Maßnahmen wie Versetzungen und Kündigungen. Ferner werden die Arbeitsbedingungen der Personalräte drastisch verschlechtert.

Auf Unverständnis beim dbb nrw stößt dann auch die Aussage des Landtagsabgeordneten Peter Preuß, dass die Mitbestimmung in ihrer wesentlichen Ausgestaltung erhalten bliebe.

Wahrscheinlich liegt der Unterschied darin, was der dbb nrw als wesentlich ansieht. Auf jeden Fall gehören dazu die vorhandenen Beteiligungsrechte, die gerade im Hinblick auf die im Landesbereich anstehenden einschneidenden Personalmaßnahmen wichtig sind.

Ralf Eisenhöfer verwahrt sich erneut gegen die Behauptung des FDP Innenministers Dr. Ingo Wolf, die Gewerkschaften seien im Vorfeld des Kabinettsentwurfs vom 27. Februar in einem intensiven Gesprächsdialog beteiligt worden. **„Dies ist eine Parlamentsverdummung aller Abgeordneten, weil es im Dezember 2006 lediglich eine kurze Information durch den Ministerpräsidenten gegeben habe und ein „Gespräch“ im Innenministerium im Januar eine Farce war, die dem Gutsherrenstil des Hauses entsprach.“**

Info und Kontakt:

Ralf Eisenhöfer (Landesvorsitzender): 0 172 – 28 21 620

ralf bergendahl (Vorstandsreferent): 0 163 – 39 20 297

Gartenstraße 22
D-40479 Düsseldorf

Telefon 0211.491583-0
Telefax 0211.491583-10
post@dbb-nrw.de
www.dbb-nrw.de

information

Verantwortlich: Ralf Eisenhöfer, Landesvorsitzender